

## Massenfestnahme von Anwälten

### Kurdische Politiker starten Selbstanzeigenkampagne

*Von Nick Brauns*

Die türkische Polizei hat am Dienstag bei landesweiten Razzien mindestens 100 Personen unter Terrorverdacht festgenommen. 48 der Betroffenen, denen eine Mitgliedschaft in dem der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nahestehenden Dachverband Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK) unterstellt wird, sind Rechtsanwälte. In Istanbul stürmten Hunderte Polizeibeamte die Kanzlei der Anwälte des auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan. Mindestens eine Anwältin Öcalans, Aye Batumlu, wurde inhaftiert.

Auch mehrere Büros der prokurdischen linken Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und die Redaktionen der Tageszeitung Özgür Gündem und des Theoriemagazins Demokratik Modernite wurden durchsucht. Neben zahlreichen BDP-Funktionären waren auch Mitglieder der Sozialistischen Partei der Unterdrückten (ESP) der westtürkischen Provinz Izmit von der Festnahmewelle betroffen. Bei ihnen wurden unter anderem Ausgaben des »Kommunistischen Manifests« beschlagnahmt.

Seit dem Kommunalwählerfolg der vor zwei Jahren verbotenen BDP-Vorgängerpartei DTP im Frühjahr 2009 wurden im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen rund 8000 kurdische Politiker und Aktivisten festgenommen, 4000 von ihnen befinden sich weiterhin in Haft. Kürzlich waren auch der renommierte türkische Menschenrechtsaktivist und Verleger Ragip Zarakolu und die Universitätsdozentin und Verfassungsrechtlerin Büsra Ersanli unter Terrorverdacht verhaftet worden, weil sie an Parteischulen der BDP unterrichtet hatten. Der Vorsitzende der BDP, Selahattin Demirtas, seine Stellvertreterin Filiz Kocali und andere Parteivorstandsmitglieder haben sich unterdessen bei der Istanbuler Sonderstaatsanwaltschaft selbst angezeigt, um gegen die Massenverhaftungen zu protestieren. »Bei den KCK-Operationen wurden vor allem Teile der Parteispitze, Abgeordnete, Bezirks- und Gemeindevorsitzende und Mitglieder aus allen Bereichen der Partei, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Akademiker festgenommen. Ich habe an den Veranstaltungen, die diese Personen initiierten, teilgenommen. Wenn die Veranstaltungen eine Straftat darstellen, dann habe ich dieselben Straftaten wie sie begangen. Ich zeige mich hiermit selbst an«, erklärte Demirtas.

Tatsächlich wird keinem der Inhaftierten eine Gewalttat vorgeworfen. Die angebliche PKK-Unterstützung leitet sich aus der kommunalpolitischen Arbeit, der Schaffung basisdemokratischer Stadtteilräte, dem Eintreten für Frauenrechte und kurdischsprachigen Schulunterricht und der Forderung nach einer politischen Lösung der kurdischen Frage ab. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat in den letzten Tagen mehrfach bekräftigt, daß die Verhaftungen gegen mutmaßliche KCK-Mitglieder weitergehen werden. »Wie kann eine Organisation, die einen Parallelstaat schaffen will, unschuldig sein«, bezichtigte Erdogan die KCK, mit dem Aufbau

rätedemokratischer Selbstverwaltungsstrukturen in den kurdischen Landesteilen das Land zu spalten.

Quelle: <http://www.jungewelt.de/2011/11-23/046.php>